



Verschleppter Kurdenchef Öcalan: „Der Baby-Killer ist gefaßt – herzlichen Glückwunsch, Türkei!“

Blutrache für Apo

Die Krawalle nach der spektakulären Verschleppung des PKK-Chefs Abdullah Öcalan aus Kenia erschüttern Europa. In Bonn streiten Politiker um Sicherheitsmängel und den Doppel-Paß. Terrorexperten warnen, Deutschland könnte zum Hauptschlachtfeld des Konflikts werden.

Sein letztes Telefongespräch als freier Mann führte Abdullah Öcalan, 50, am Nachmittag des vergangenen Montag. Via Telefon überbrachte der griechische Außenminister Theodoros Pangalos dem Kurdenführer ein Ultimatum.

Entweder, so der Politiker, verlasse Öcalan die griechische Botschafterresidenz in Nairobi freiwillig – oder eine kenianische Spezialeinheit werde die Vertretung binnen einer Stunde stürmen. Er habe aber nichts zu befürchten, versicherte Pangalos dem Kurdenchef, am Jomo-Kenyatta-Flughafen warte bereits eine Maschine der Holländer, die ihn nach Amsterdam bringen solle. Die Einreise dort sei geklärt.

Der Mann mit dem wuchtigen Schnauz- bart zögerte, verlangte eine Garantie der Niederländer, wollte zumindest mit seinen Anwälten in Europa telefonieren. Doch mit den Apparaten in der Residenz konnte er nicht ins Ausland wählen.

Eilig beriet der Gejagte sich mit seinem kleinen Hofstaat, der ihn auf seiner monatelangen Flucht begleitet hatte – einem Vertrauten, der mit schwedischem Paß reiste, sowie drei Frauen: Bilan, 39, die einen belgischen Ausweis besaß, die syrische Dolmetscherin Nucan, 23, und Melsa, 20, beide asylberechtigt in Griechenland. Ziemlich verzweifelt willigte Öcalan ein: „Der Präsident hat geglaubt, daß ihm die Türen nach Europa

offenstehen“, sagt eine seiner Begleiterinnen.

Gegen 18 Uhr verließen Öcalan und sein Gefolge die Botschafterresidenz an der Muthaiga Road 12. Öcalan mußte allein in einen Jeep steigen, in dem bereits vier Männer auf ihn warteten, die Begleiter wurden in andere Wagen abgedrängt. „Warum vertraut ihr uns nicht?“ fragten die Kenianer, „ihr fahrt doch hinterher.“ Und am Flughafen seht ihr euch wieder.“

Daraus wurde freilich nichts. Abdullah Öcalan, Generalsekretär der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) und Staatsfeind Nummer eins der Türkei, war in eine Falle gegangen: Auf dem vierspurigen Mombasa-Highway beschleunigte der Jeep



SIGMA (LJ: AFP / DPAC)

Selbstverbrennung eines Kurden (in Nikosia): „Es ist völlig ausgeschlossen, daß das kurdische Volk aufgibt“

plötzlich und verschwand in der Dunkelheit (siehe Seite 24).

Das Finale der Operation „Safari“, wie der türkische Geheimdienst MIT das Kidnapping des Kurden taufte, fand wenig später in der Luft statt. In der Privatmaschine, in der Öcalan ausgeflogen wurde, hoben die Häscher ihre Hände zum „High Five“, vor laufender Kamera rissen sie dem benommenen Öcalan breite weiße Klebestreifen von den Augen. „Du bist jetzt unser Gast. Herzlich willkommen in deiner Heimat“, höhnten die Agenten. „Ich liebe die Türkei“, stammelte der offenbar unter Drogen gesetzte Guerrilla-Boß, den die Türken für 30 000 Tote verantwortlich machen.

Doch was Ankara wie den endgültigen Sieg über die PKK inszenierte, markierte in Wirklichkeit nur den Auftakt zu einer Krise, die seither europaweit für Angst und Schrecken sorgt. Denn mit Öcalans Festnahme war die Gewalt der militanten Kurdenbewegung keineswegs beendet – in Europa fing sie erst richtig an.

Kaum hatte der von London ausstrahlende Kurdensender Med-TV in der Nacht zum vergangenen Dienstag die Festnahme des „geliebten Führers“ vermeldet, toste die erste Welle der Gewalt über Europa. Ob in Stockholm oder London, in Zürich



C. MICHAELIS / REFLEX

Abtransport eines toten Kurden in Berlin
Schützen vom Minister belobigt

oder Den Haag – mit dem Schlachtruf „Blutrache für Öcalan“ besetzten kurdische Stoßtrupps griechische Botschaften und Konsulate, verwüsteten türkische Reisebüros, nahmen Geiseln, drohten mit Brandanschlägen und Selbstverbrennungen.

Wie die selbsternannten Märtyrer in Athen oder Kopenhagen übergoß sich auch im schwäbischen Hechingen ein 17jähriges Mädchen mit brennbarer Flüssigkeit und zündete sich an, um für ein freies Kurdistan zu sterben (siehe Seite 28).

Bundesweit wurde Großalarm für Polizei und Bundesgrenzschutz ausgelöst. Einen „Angriff auf die öffentliche Ordnung auf dem gesamten Kontinent“ sah die „New York Times“ – und die Bundesrepublik mit der weltweit größten Exil-Kurdengemeinschaft bildete das Epizentrum.

Den vorläufigen tragischen Höhepunkt markierte, zwei Tage nach Öcalans Verschleppung, die Schlacht um das israelische Generalkonsulat in Berlin-Wilmersdorf. Ein Trupp Kurden stürmte die Villa in der Schinkelstraße 10, aufgewühlt durch Gerüchte, der israelische Geheimdienst Mossad habe den Türken geholfen.

Um die Frage, ob die Berliner Polizei beim Schutz der Israelis versagt hat, tobt

„Tränen in den Augen“

Ein Öcalan-Begleiter über die Entführung des Kurdenführers aus Kenia

Als wir Italien am 16. Januar verließen, flogen wir zunächst nach Minsk. Dort wurde uns nach einiger Zeit erklärt, wir könnten nach Holland reisen. Als wir abfliegen wollten, ließ man uns jedoch nicht ins Flugzeug hinein. Wir mußten sieben Stunden bei minus 20 Grad vor der Maschine warten. Dann hörten wir, daß es keine Möglichkeit gebe, einen niederländischen Flughafen anzufliegen, wir bekämen nirgendwo Landeerlaubnis. Schließlich flogen wir nach Athen.

Die griechische Regierung stellte uns eine Maschine für den Weiterflug nach Kenia zur Verfügung. Dabei handelte es sich um ein Schweizer Privatflugzeug mit

te immer wieder, uns aus der Residenz herauszulockern.

Am dritten Tag in Kenia stellte Öcalan einen Asylantrag für Griechenland. Der Botschafter reichte ihn weiter. Öcalan sagte, er wolle seine Angelegenheiten legal geregelt haben, selbst wenn das bedeuten würde, daß er vor Gericht komme.

Drei Tage vor der Verschleppung von Öcalan kamen vier Polizisten, die aussahen wie Rambos, aus Griechenland. Sie verlangten, wir, die Begleiter von Öcalan, sollten die Residenz verlassen. Wir ließen ihnen über den Botschafter mitteilen, daß wir nur tot den dessen Haus räumen und den Präsidenten (Öcalan –Red.) nicht allein lassen würden. Daraufhin ordneten die

nochmals um einen Tag Zeit, der Kenianer sagte nein, jetzt sofort. Öcalan bat um Zeit, weil zwei seiner Begleiter gerade in der Stadt waren, aber der Kenianer blieb stur. Ansonsten würde das Haus angegriffen werden.

Der Kenianer fragte, wohin Öcalan ausreisen wollte, und der Präsident sagte ihm: Holland. Daraufhin tätigte der Kenianer einen Telefonanruf. Danach sagte er, das Flugzeug würde einen Zwischenstopp machen müssen, und Öcalan möge entscheiden, wo. Ich schlug Kairo vor, und der Präsident und der Kenianer stimmten zu. Der Präsident wollte gern telefonieren, um sich mit Freunden und Beratern abzustimmen, aber aus der Residenz konnte man nicht ins Ausland telefonieren.

Öcalan glaubte den kenianischen Behörden nicht, aber dann rief der griechische Außenminister Theodoros Pangalos über Satellitentelefon an. Pangalos sagte: „Es ist sehr gut, wenn Sie nach Europa kommen. Sie sollten das tun.“

Wir flehten Öcalan an, nicht zu gehen. Aber Öcalan sagte: „Das Haus ist umstellt. Ich habe nicht das Recht zu sterben, mir gehört nicht mein eigener Wille.“ Der griechische Botschafter sagte: „Wenn Sie wirklich die Residenz nicht verlassen wollen, können Sie bleiben.“ Öcalan ging, weil er wußte, daß es keine andere Chance gab. Er hatte vom ersten Tag in Kenia an gesagt: „Wir sind in der Hand der CIA.“ Es war klar, wenn wir nicht gingen, würden wir eliminiert.

Der Botschafter versicherte uns, daß er mit Öcalan zum Flughafen fahren und mit ihm nach Holland fliegen wolle. Die kenianischen Behörden akzeptierten. Aber dann, als wir die Residenz im Wagen des Botschafters verließen, kamen wir nur bis vor den Garten. Die kenianischen Autos warteten draußen. Es waren vier bis fünf zivile Jeeps.

Als wir aus dem Garten herausfahren, sagte der Kenianer, der Wagen des Botschafters sei nicht sicher genug, und Öcalan sollte in eines ihrer Autos steigen. Der Botschafter wollte sich mit Öcalan in das Auto setzen, aber die Kenianer lehnten aus Sicherheitsgründen ab. Der Präsident sagte, er bräuchte mindestens eine Übersetzerin, die mit ihm reisen sollte, aber der kenianische Offizier sagte, nein, wir reisen doch in einem Konvoi, wir treffen uns alle am Flughafen.



Griechische Botschaft in Kenia, Botschafter Costorlas: „Sie können bleiben“

Luxusausstattung. Der Pilot und die Hostess sprachen nur englisch. An Bord war auch ein griechischer Sicherheitsoffizier.

Wir kamen in Kenia am 2. Februar an. Am Flughafen empfing uns der 1. Sekretär des griechischen Botschafters. Wir mußten noch im Flugzeug Formulare ausfüllen und wurden dann durch die VIP-Räume des Flughafens direkt nach draußen gebracht, wo der griechische Botschafter (George Costorlas –Red.) auf uns wartete. Sie fuhren uns direkt zur Botschaftsresidenz.

Der Botschafter erhielt von der griechischen Regierung täglich Instruktionen. Am zweiten Tag nach unserer Ankunft sagte er, es gebe einen griechischen Geschäftsmann, zu dessen Farm sollten wir fahren. An einem anderen Tag machte die griechische Regierung den unsinnigen Vorschlag, wir sollten mit dem Auto nach Somalia fahren. Beides lehnten wir ab. Es gab immer wieder Probleme zwischen dem Botschafter und seiner Regierung. Die griechische Regierung versuch-

Athener Behörden an, die Polizisten sollten zurückkehren. Aber die kenianischen Behörden verhafteten die vier.

Am Freitag, dem 12. Februar, rief der kenianische Außenminister den griechischen Botschafter an und ersuchte um ein dringendes Treffen. Der Botschafter log und sagte, er sei krank, und schlug ein Treffen am Montag vor. Die Kenianer stimmten zu. Als der Botschafter von dem Gespräch zurückkam, teilte er uns mit, daß wir gehen müßten, versprach aber, daß die Kenianer uns in ein sicheres Land unserer Wahl bringen würden. Der Botschafter sagte auch: „Wenn ihr darauf besteht zu bleiben, könnte es auch für uns gefährlich werden.“

Der Präsident beschloß dann, nach Den Haag zu fliegen, um sich einem internationalen Gericht zu stellen. Eine halbe Stunde später kam der Chef des kenianischen Geheimdienstes. Die Residenz des Botschafters war von etwa 15 bewaffneten Polizisten umstellt. Der Geheimdienstchef teilte Öcalan mit, daß wir sofort zu gehen hätten. Öcalan bat



Jubelnde Entführer

„In diesem Moment war alles zu Ende“

Der Offizier schloß die Tür des Autos, in dem Öcalan saß. Dann raste der Wagen los. Wir sagten unseren Fahrern, daß sie sich beeilen sollten, um den Vorsprung aufzuholen, aber es blieb immer eine Distanz zwischen dem Wagen des Präsidenten und uns.

Als wir zum Flughafen kamen, stand das Auto von Öcalan mit offenen Wagentüren bereits am Flugzeug, und dann fuhren unsere Wagen in eine andere Richtung und brachten uns weg. In diesem Moment wußten wir, daß alles zu Ende war.

Unsere Wagen fuhren zu einem abseits gelegenen Parkplatz und hielten. Wir rannten sofort aus dem Auto und versuchten, zum Präsidenten zu laufen und ihn zu sehen, aber es war zu spät. Wir schrien und telefonierten herum, der griechische Botschafter war schockiert und hatte Tränen in den Augen und sagte: „Meine eigene Regierung hat mich mißbraucht.“ Er rief den Außenminister Pangalos an, und Pangalos sagte: „Fahrt einfach nach Hause, machen Sie sich keine Sorgen über die Leute, die bei Ihnen sind.“

Die Kenianer warfen unser Gepäck aus dem Auto und fuhren davon. Wir mieteten ein Taxi und fuhren zurück zur Botschaft. Als die griechische Regierung erfuhr, daß wir wieder zurück in der Botschaft waren, gaben sie die Anweisung, daß der Botschafter uns rauswerfen sollte. Der Botschafter weigerte sich und erlaubte uns zu bleiben.

ein heftiger Streit. Als um 13.15 Uhr eine „Blitzmeldung“ des Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV) die Gefahr für das Konsulat meldete, schützten nur ein paar Wachleute das Gebäude. Mehr Polizeibeamte standen nicht zur Verfügung – Hundertschaften riegelten die neue SPD-Parteizentrale und die US-Botschaft ab. Um 13.28 Uhr wurden eilig 30 Beamte in Marsch gesetzt, die zeitgleich mit einem Trupp Kurden eintrafen.

Die mit Eisenstangen und Holzlatten bewaffneten PKK-Kämpfer knüppelten die verzweifelt um Verstärkung rufenden Polizisten nieder: „Mit Eile die Kräfte her. Wir haben Schlagstockeinsatz.“

Die Kurden drangen bis in die Empfangshalle des Konsulats vor. Als sie versuchten, einem Sicherheitsbeamten seine gezogene Waffe zu entwenden, eröffnete ein zweiter Wachmann sofort das Feuer. Dann schossen beide die Pistolenmagazine ihrer „Jericho 941“ leer. Zwei Männer und eine Frau starben, 14 wurden durch die Schüsse zum Teil schwer verwundet, 24 Polizisten wurden bei dem Angriff verletzt.

Israels Premierminister Benjamin Netanjahu rechtfertigt den Einsatz: „Unsere Sicherheitsleute haben stehende Order, notfalls unter Einsatz ihrer Schußwaffen Versuche abzuwehren, Geiseln zu nehmen.“ Außenminister Ariel Scharon hat die Schützen belobt, nach den bisherigen Ermittlungen billigt die Staatsanwaltschaft den Israelis Notwehr zu.

Auch politisch haben Festnahme und Krawalle erheblichen Flurschaden angerichtet. In Griechenland wurden Minister ihre Jobs los, zwischen Athen und den EU-Partnern macht sich deutliche Verstimmung breit. In Bonn wankt nach der Kur-

den-Randale das Konzept der doppelten Staatsbürgerschaft noch mehr.

Und der schwarze Mittwoch könnte nur der Auftakt zu einer langen, blutigen Auseinandersetzung sein: Von Selbstmordattentaten bis zu Flugzeugentführungen – eine geheime Lageeinschätzung des Verfassungsschutzes schließt derzeit keine Spielart des Terrorismus aus, „wenn mit einer derartigen Aktion auch Feinde in den Tod gerissen würden“. Der Geheimdienstkoordinator im Kanzleramt, Ernst Uhrlau: „Die PKK hat die Eskalationsschraube angezogen.“

Erstmals seit der Terror-Hochphase der siebziger Jahre gilt in Deutschland wieder flächendeckend höchste Alarmstufe. Aber anders als zu RAF-Zeiten, als sich vor allem einzelne Politiker und Wirtschafts-bosse fürchten mußten, ist die Bedrohung diesmal diffuser.

Von der türkischen Dönerbude bis zum Berliner Reichstag, von der jüdischen Kindergärtnerin bis zum Bundeskanzler – jeder kann jederzeit Opfer der fanatisierten Kurden werden, deren Wut sich ständig neue Ziele sucht. „Jeder Kurde ist jetzt eine Bombe“, droht Jamal Mousa, Chef des kurdischen Zentrums in Bonn.

Wer die PKK nach Öcalans Festnahme überhaupt noch kommandiert, ist unklar; jede Minute kann eine Order aus dem Nirgendwo den 11 000 Aktivisten die nächste, noch brutalere Welle der Verwüstung befehlen.

Nur drei Stunden nach dem Blutbad von Berlin beriefen die Innenminister von Bund und Ländern eine Schaltkonferenz ein, an der auch die Spitzen der Sicherheitsbehörden teilnahmen. Eine solche hat es ewig nicht gegeben.

Bundesinnenminister Otto Schily gab sich als Hardliner und verlangte von Nordrhein-Westfalen, endlich das Kurdistan-Informationszentrum in Köln zu schließen: „Wir müssen der PKK die logistische Basis entziehen.“ Die Verfassungsschützer trieb Schily an, Strategie und Taktik der Kurden aufzuklären. Bayerns Günther Beckstein (CSU) forderte, umgehend nach Wegen zu suchen, um Gewalttäter in die Türkei abzuschieben.

Langes Schweigen herrschte, als Sachsens Ressortchef Klaus Hardraht (CDU) die Frage stellte: „Und was passiert, wenn die Polizei das nicht mehr leisten kann?“

Exakt darauf scheint die Strategie der PKK zu zielen. Die Lageeinschätzung der Verfassungsschützer zeichnet ein wahres Horror-Szenario: Weitere Angriffe auf Konsulate seien denkbar – die „eine Dimension wie seinerzeit bei der Besetzung

„Klare Kante zeigen“

Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) über die Kurdenkrawalle, die Schwäche der Sicherheitsbehörden und staatliche Härte

SPIEGEL: Herr Schily, als Abdullah Öcalan im November in Italien auf-tauchte, verfolgte die Bundesregierung vor allem das Ziel, sich aus dem Kurdenkonflikt herauszuhalten. Rächt sich nun die Hinhaltenaktik?

Schily: Nein, die jüngsten Ereignisse bestätigen unsere damalige Entscheidung. Wir haben in Deutschland eine besondere Sicherheitslage, hier leben 500 000 Kurden, darunter eine ganze Reihe gewaltbereiter PKK-Anhänger. Hätten wir Öcalan auf deutschem Boden, wären unsere Probleme wohl noch erheblich größer. Ein Strafprozeß gegen ihn könnte Jahre dauern.

SPIEGEL: Was taugt ein Rechtsstaat, der Angst vor seinen Gegnern hat?

Schily: Auf den Auslieferungsantrag zu verzichten war eine sehr schwierige und heikle Entscheidung. Wir haben sie aber auch im Hinblick darauf getroffen, daß wir den Fall Öcalan vor ein internationales Tribunal bringen wollten. Das ist leider nicht gelungen.

SPIEGEL: Der Plan eines Tribunals war bloß der Versuch, Zeit zu gewinnen.

Schily: Ganz und gar nicht. Der Bundeskanzler hat rasch entschieden.

SPIEGEL: Aber es war klar, daß ein internationales Gericht nicht innerhalb weniger Wochen installiert werden kann.

Schily: Deshalb haben wir keinen Zeitdruck in die Sache Öcalan gebracht. Italienische Entscheidungen kann ich nur mit äußerster Zurückhaltung kommentieren. Aber der Hinweis ist erlaubt: Daß es plötzlichieß, Öcalan müsse das Land wieder verlassen, haben die Italiener zu verantworten. Immerhin bestand die Möglichkeit, ihn in Italien vor Gericht zu stellen.

SPIEGEL: Die Krawalle haben die Behörden überrascht, obwohl die PKK verboten und die Gewaltbereitschaft ihrer Anhänger bekannt ist.

Schily: Polizei und Bundesgrenzschutz haben schnell und besonnen reagiert.

SPIEGEL: Daß eine illegale Organisation Tausende von Menschen mobilisieren kann, ohne daß Polizei und Verfassungsschutz davon Wind bekommen, nehmen Sie hin?

Schily: Nein, ich finde das besorgniserregend. In der Voraufklärung gibt es sicherlich Defizite. Hätten wir früher von bestimmten PKK-Planungen gewußt, hätten wir uns auch anders darauf einstellen können. Daß diese Gruppe derart konspirativ arbeiten kann, halte ich für einen sehr bedrohlichen Zustand.



Minister Schily, Polizisten: „Bedrohlicher Zustand“

Wir müssen deshalb intensiv darüber nachdenken, wie wir die Informationsgewinnung verbessern.

SPIEGEL: Was schwebt Ihnen vor?

Schily: Detailfragen der Sicherheit können wir nicht öffentlich diskutieren. Der Schlüssel liegt aber letztlich in einer engeren Zusammenarbeit der EU-Länder. Wir müssen sich unsere Partnerländer gegenüber der PKK sehr verschiedenartig.

SPIEGEL: Mit Öcalan an der Spitze verzichtete die PKK in Deutschland zuletzt auf spektakuläre Gewaltakte. Rechnen Sie jetzt mit anhaltendem Terror?

Schily: Wir müssen mit einer Tendenz zur Radikalisierung der PKK rechnen.

SPIEGEL: Der Staat muß Härte zeigen?

Schily: Richtig, klare Kante zeigen. Wer glaubt, mit dem deutschen Staat Spielchen treiben zu können, irrt sich gewaltig.

SPIEGEL: Ihre Tonlage erinnert an Ihren konservativen Vorgänger Manfred Kanther – mit Absicht?

Schily: Ja natürlich. Ich kann es auf keinen Fall hinnehmen, daß Polizeibeamte krankenhausergeschlagen werden. Deshalb stelle ich ein klares Stoppschild auf: So lassen wir nicht mit uns umspringen!

SPIEGEL: Welche Auswirkungen haben die Krawalle auf den Doppel-Paß?

Schily: Keine. Wir haben einen sehr sorgfältig ausgearbeiteten Entwurf zur Reform des Staatsbürgerschaftsrechts vorgelegt, in dem der sogenannte Doppel-Paß übrigens gar nicht das zentrale Thema ist. Gewalttäter und Verfassungsfeinde kommen danach für eine Einbürgerung nicht in Frage – also auch keine PKK-Anhänger. Wir haben das zweifach abgesichert, durch eine Loyalitätserklärung und eine sogenannte Schutzklausel – insoweit eine Verschärfung der bestehenden Rechtslage.

SPIEGEL: Und wenn ein PKK-Kämpfer sich jahrelang tarnt, um den deutschen Paß zu bekommen?

Schily: Wer sich tarnen will, hat kein Problem, die türkische Staatsbürgerschaft aufzugeben, um nach geltendem Recht die deutsche zu erhalten. Die geltende Rechtslage bietet insofern einen schwächeren Schutz.

SPIEGEL: Brauchen wir schärfere Gesetze, um Kriminelle leichter abschieben zu können?

Schily: Darüber müssen wir reden. Ich bin aber nicht sicher, ob eine Gesetzesänderung wirklich weiterhilft. Wir sind in internationales Recht eingebunden und können selbstverständlich niemand durch eine Abschiebung der Gefahr von Folter oder Tötung aussetzen.

SPIEGEL: Was aber dann?

Schily: Ich will an den Briefwechsel meines Vorgängers Manfred Kanther mit seinem türkischen Kollegen anknüpfen, in dem es um Sicherheitsgarantien für abgeschobene Gewalttäter geht. Bilaterale Abkommen könnten ein Weg sein, auch Vereinbarungen mit Drittstaaten sollten wir erwägen.

INTERVIEW: HORAND KNAUP, DIETMAR PIEPER

der japanischen Botschaft in Peru“ erreichen könnten. Als besonders gefährdet gelten neben türkischen auch israelische und amerikanische Einrichtungen, denn auch der US-Geheimdienst wird verdächtigt, den Türken bei der Öcalan-Operation zur Hand gegangen zu sein. Das Bundeskriminalamt (BKA) geht Meldungen nach, auch die „Entführung türkischer Diplomaten“ sei geplant.

Dabei, so die Einschätzung der Fachleute, setzt die PKK auf eine Abnutzungsstrategie: Solange die Polizei massive Präsenz zeige, hielten die Kurden sich zurück. Erst wenn die „Schutzmaßnahmen herabgefahren“ würden, schlugen sie wieder gezielt zu.

Die Taktik könnte aufgehen: Allein in der Hauptstadt mußten die Beamten nach Öcalans Festnahme 129 zusätzliche Objekte schützen. Vor der US-Botschaft sind Panzerwagen aufgefahren. Bundesweit schieben die Einsatzhundertschaften massenhaft Überstunden, die Parteizentralen sind abriegelt. „Ein solches Programm kann die Polizei notfalls über Wochen, aber nicht über Monate hinweg durchhalten“, sagt der niedersächsische Innenminister Heiner Bartling (SPD).

Der Personenschutz für Politiker wurde verstärkt, Spezialeinheiten stehen bereit, um bei weiteren Geiselnahmen umgehend auszurücken. Deutschland im Belagerungszustand – und Innenminister Schily ahnt, daß die Kurden „ihr Potential noch nicht ausgeschöpft“ haben.

In seinem gelegentlich schnarrenden Kasinoton droht er drakonische Abschiebungsmaßnahmen an: „Ein Innenminister, der nicht eine gewisse Härte erkennen läßt, ist fehl am Platze.“ Der einstige Grüne marschiert Hand in Hand mit dem christsozialen Kollegen Beckstein aus Bayern, der sogar Ausweisungen ohne Gerichtsurteile verlangt. Von den wenigen bisher abgeschobenen PKK-Anhängern durften einige freilich schon wieder zurück – sie konnten nachweisen, daß sie trotz türkischer Zusicherungen brutal gefoltert worden waren. Eine in dieser Woche stattfindende routinemäßige Innenministerkonferenz wird jetzt das Thema PKK auf der Tagesordnung haben.

Schily wie auch das Kanzleramt trafen die generalstabsmäßig organisierten Krawalle völlig überraschend. Sichtlich verärgert mühte sich der Innenminister zu überspielen, daß die Bundesre-



Besetzung der Hamburger SPD-Zentrale: Jeder Kurde ist jetzt ...

gierung vom Öcalan-Coup zuerst von Nachrichtenagenturen erfahren hatte. Noch Tage zuvor hatte der mit der Aufklärung des Öcalan-Verstecks beauftragte Bundesnachrichtendienst (BND) bei den Kollegen in Griechenland und Kenia nachgefragt. Doch die reagierten nicht einmal.

So ging der Dienst weiter jedem noch so vagen Hinweis nach, einschließlich der Variante, daß Öcalan in Sachsen unterge-

taucht sei. „In der Voraufklärung gibt es sicherlich Defizite“, klagt Schily (siehe Interview Seite 26).

Mit zweimonatiger Verspätung hat das Kurdenproblem die Bundesregierung doch noch eingeholt. Aus Angst vor Krawallen hatte Kanzler Schröder trotz eines bestehenden Haftbefehls des Bundesgerichtshofs gegen Öcalan (Rädelführerschaft in einer terroristischen Vereinigung, fünffacher Mord) auf die Auslieferung aus Italien verzichtet. Die Behörden in Rom hatten Öcalan aufgrund des deutschen Haftbefehls festgesetzt.

Die europäischen Regierungen, vorneweg Schröder und sein Außenminister Joschka Fischer, hatten nach der Ergreifung in Italien ein diplomatisches Trauerspiel aufgeführt. Die Türken sollten Öcalan wegen der drohenden Todesstrafe nicht bekommen, aber den Prozeß wollte ihm hier

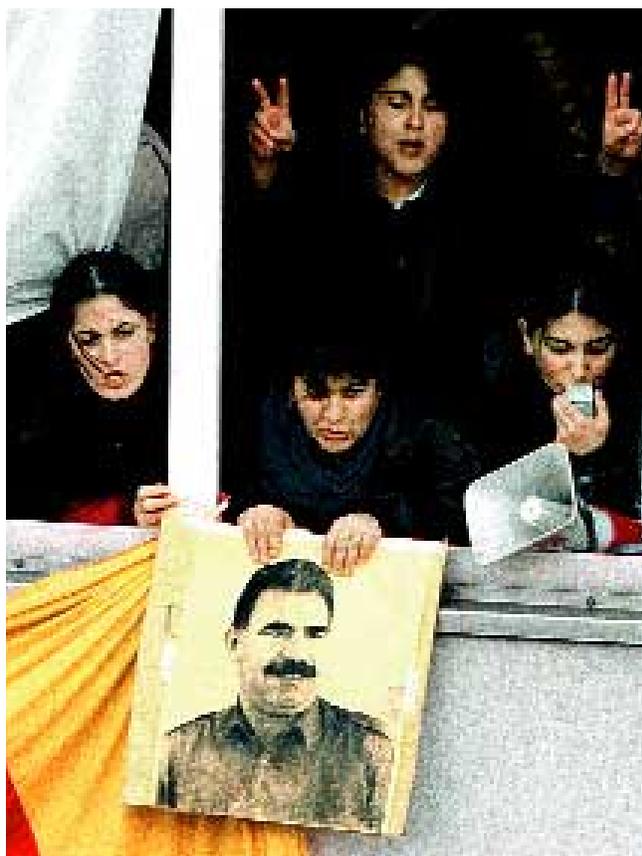
auch niemand machen – man fürchtete die Rache seiner Anhänger.

Schröder feuerte nur ein Arsenal diplomatischer Floskeln ab („europäische Lösung“, „Initiative“) und versprach ein internationales Gericht für Öcalan sowie flankierende Überlegungen, wie der Kurdenkonflikt beizulegen sei. Natürlich passierte nichts, außer daß Außenminister Fischer ein bißchen durch die Welt jettete und die Stirn in Betroffenheitsfalten legte. Unterdessen kassierte die Regierung den internationalen Steckbrief für Öcalan.

Als Öcalan Rom am 16. Januar verließ, begann eine „moderne Odyssee“, so der deutsche Öcalan-Anwalt Hans-Eberhard Schultz. Der Kurdenführer wollte als Asylant in Europa bleiben, nur hier fühlte er sich vor seinen türkischen Verfolgern sicher. Aber selbst traditionell kurdenfreundliche Staaten wie die Niederlande, Schweden oder Belgien lehnten ab.

Alle Versuche seiner Anwälte, auch mit der rot-grünen Regierung über einen Ausweg zu verhandeln, blockte Bonn ab. Öcalan hatte schon in Italien seine Juristen mit Verhandlungen beauftragt: Er wollte anbieten, daß bis zu zwei Drittel der in Deutschland lebenden Kurden sofort in ihre Heimat zurückkehren würden, wenn dort eine „Befriedung eingetreten sei“.

Öcalan träumte davon, daß die Bundesrepublik das Verfahren gegen ihn mit Hilfe des Paragraphen 153d der Strafprozeßordnung stoppen könnte. Die Klausel be-



... eine Bombe: Besetztes griechisches Konsulat in Düsseldorf

Wichtiger als ein Mensch

In Hechingen zündete sich eine 17jährige Kurdin an – der Vater ist stolz auf ihr Opfer.

Kurz nachdem am Dienstag vergangener Woche das türkische Fernsehen die Meldung von der Festnahme Öcalans bringt, verläßt in Hechingen auf der Schwäbischen Alb eine junge Frau die Wohnung ihrer Eltern – und sagt kein einziges Wort.

Fatma Saka ist Kurdin, Berufsschülerin, ein stilles, höfliches Mädchen, gerade mal 17 Jahre alt. Zu „Emek“ geht sie, dem kurdischen Lebensmittelladen, betritt ihn mit einem so unbefangenen Gruß, als wolle sie nur eine Kleinigkeit fürs Mittagessen besorgen, kauft schließlich eine Flasche hochprozentiges Zitronenduftwasser für 6,50 Mark. Erst an der Tür fällt ihr ein, daß sie noch ein Feuerzeug braucht, der Junge am Tresen steckt es ihr zu, ein Geschenk. Minuten später taumelt draußen am Schaufenster eine lebende Fackel vorbei; „Freiheit für Öcalan“, brüllt Fatma Saka über ihren Schmerz hinweg, „es lebe Kurdistan!“

Seitdem ringt sie hinter der Stahltür 1006 der Unfallklinik Tübingen mit dem Tod, und die Bürger von Hechingen rätseln, was um alle Welt einen Teenager so weit treiben kann. „Ich kann das nicht verstehen“, sagt Bürgermeister Jürgen Weber konsterniert. Vielleicht



Kurdin Saka

„Für die Freiheit tun wir alles“

würde er verstehen, wenn er sehen könnte, wie das Mädchen lebte: in einer klaustrophobischen Atmosphäre, die Gedanken mehr in Kurdistan als in Deutschland, so wie viele Kurden hier.

Seit drei Jahren wohnt die Familie in der Bundesrepublik, sie sind anerkannte Asylbewerber. Unterm Dach eines ausgemergelten Dreistöckers teilen sich neun Sakas eine schmale Ration Raum, fast ohne Möbel. Den Mittelpunkt der Vier-Zimmer-Wohnung markieren ein dauerbrabbelnder Fernseher, auf dem der Berliner Kurdenkanal Med-TV gerade wieder massakrierte Landsleute vorzeigt, und gegenüber an der Wand zwei Porträts von Öcalan, der einzigen, nun einstigen Führerfigur eines verfolgten Volkes.

Wenn Fatma nicht gerade im Nachbarort Balingen Hauswirtschaft lernt, ist dies ihre ganze Welt; Freunde außerhalb der vier Zimmer hat sie nicht. „Nur Schwestern, Brüder“, radebrecht ihr Onkel Mehmet. Draußen, in der Stadt, guckt sie meistens auf den Boden. So mag es ihr Vater Ismail Saka, züchtig und folgsam.

Ein deutscher Arzt hat ihm nach der Flucht 1996 Brandwunden durch Zigaretten und Elektroschocks attestiert. Die Folterknechte haben ihm die Finger verkrüppelt. Seitdem mißtraut er allen, die nicht zur Familie gehören, keine Kurden sind. „Kein Kontakt“, heißt es bei der Caritas, „wir kennen die Familie nicht“, beim Arbeitskreis Asylbewerber; beide kümmern sich in Hechingen um Flüchtlinge.

Ein Onkel Fatmas wurde als PKK-Guerrillero verwundet, ein anderer deutet an, auch er werde sich eines Tages vielleicht noch verbrennen. Diese Saat ist in Fatma aufgegangen. „Ich wollte so etwas nicht“, beteuert zwar Vater Saka, aber stolz ist er doch. Das Opfer, das sie für die Freiheit des kurdischen Volkes gebracht habe, müsse er respektieren, ein Opfer, wichtiger als ein Mensch – und sei es seine Tochter.

Fatma selbst ist nicht ansprechbar, jetzt sprechen andere für sie – etwa der feurige PKK-Anhänger im „Hechinger Freundschaftsverein“: „Für die Freiheit tun wir alles. Wer eine Waffe hat, nimmt seine Waffe.“ Und wer nichts hat, der verbrennt sich.

JÜRGEN DAHLKAMP

sagt, daß Ermittlungen eingestellt werden können, wenn ein Verfahren „die Gefahr eines schweren Nachteils für die Bundesrepublik herbeiführen würde“ – eine Vorschrift, die den Austausch von Agenten ermöglichen soll. Mindestens wollte er, daß die Bundesanwaltschaft Teile ihrer Vorwürfe streiche, um ihm lebenslange Haft zu ersparen.

Aber Innenminister Schily verweigerte ebenso jedes Gespräch wie Justizministerin Herta Däubler-Gmelin. Eine Emissarin der Öcalan-Anwälte ließ der Bonner Justizstaatssekretär Hansjörg Geiger abblitzen: „Da ist nichts zu machen.“ Als Ultima ratio erwog der Kurdenführer, auch ohne irgendwelche Zusagen in einen deutschen Knast einzurücken.

Ob des Desinteresses der Europäer verfiel der PKK-Chef immer mehr in Depression. Die Angst vor den Verfolgern setzte ihm zu, Öcalan war sich so sicher gewesen, daß sein „Opfergang“ nach Italien der Startschuß für eine internationale Lösung der Kurdistan-Frage sein würde.

Nun bekommt die Bundesregierung die Quittung fürs Zaudern, fallen doch die Straßenschlachten mitten in den Versuch der rot-grünen Koalition, die doppelte Staatsbürgerschaft politisch durchzusetzen. In Schilys Ministerium halten Experten jetzt selbst das nach der verlorenen Hessen-Wahl vorgeschlagene Kompromißmodell für derzeit „nicht vermittelbar“. Die grüne Parteisprecherin Gunda Röstel fürchtet: „Das wird uns schwer auf die Füße fallen.“

Die Kampagne des bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber, der Anfang des Jahres polemisiert hatte, Einbürgerungen von radikalen Ausländern schafften eine Gefahr „höher als bei der RAF“, könnte zum politischen Renner werden. Möglicherweise wird die Unterschriften-Aktion der Union weiteren Zulauf bekommen, SPD und Grüne fürchten für die in diesem Jahr noch anstehenden 17 Wahlen.

Und das ist nur ein kleiner Teil des europaweiten Chaos, das die Festnahme des unteretzten Landarbeitersohns mit dem

Endloser Kampf

Die Geschichte der Kurden

1830 Kurdenaufstände unter der Führung von Bedir Khan im Osmanischen Reich

1880 Entstehung der Nationalbewegung unter Scheich Ubeidallah

1918 Zerfall des Osmanischen Reiches, Aufteilung der kurdischen Gebiete

1920 Vertrag von Sèvres sichert den Kurden politische und kulturelle Selbstverwaltung zu

1923 Im Vertrag von Lausanne wird der größte Teil des Kurdengebiets formal in den neuen türkischen Staat eingegliedert



PKK-Chef Öcalan: In Nairobi in die türkische Falle getappt

markanten Schnäuzer ausgelöst hat. In der vergangenen Woche brach auf, was sich seit Jahrzehnten angestaut hatte. Denn der Kurdenkonflikt ist nicht nur ein seit Jahrhunderten schwelendes regionales Problem, er birgt Sprengstoff mit internationaler Durchschlagskraft.

Die etwa 25 Millionen Kurden sind ähnlich wie die Palästinenser ein verstreutes Volk mit großen Gemeinden im Irak, in Iran, in Syrien und der Türkei. Nach dem Ersten Weltkrieg, als die europäischen Alliierten das Osmanische Reich aufteilten, glaubten sie sich dem Ziel eines eigenen Staates nahe. Aber im Vertrag von Lausanne, den die Siegermächte 1923 mit General Mustafa Kemal, genannt „Atatürk“, schlossen, wurden die meisten Kurdengebiete der neugeschaffenen Türkischen Republik eingegliedert. Es begann eine brutale Unterdrückung, die bis heute anhält.

Öcalans PKK ist nur eine von mehreren rivalisierenden Parteien und Privatarmeen in den Bergen Kurdistans, aber keine andere lieferte sich einen 15jährigen blutigen Konflikt mit Ankara.

Die ersten politischen Opfer der Affäre Öcalan gab es in der vergangenen Woche in Griechenland. Drei Minister und der Geheimdienstchef, die von Öcalans Asyl in

der Residenz in Nairobi gewußt haben sollen, mußten gehen. Unter ihnen ist auch Außenminister Pangalos, der letzte Anrufer in Nairobi.

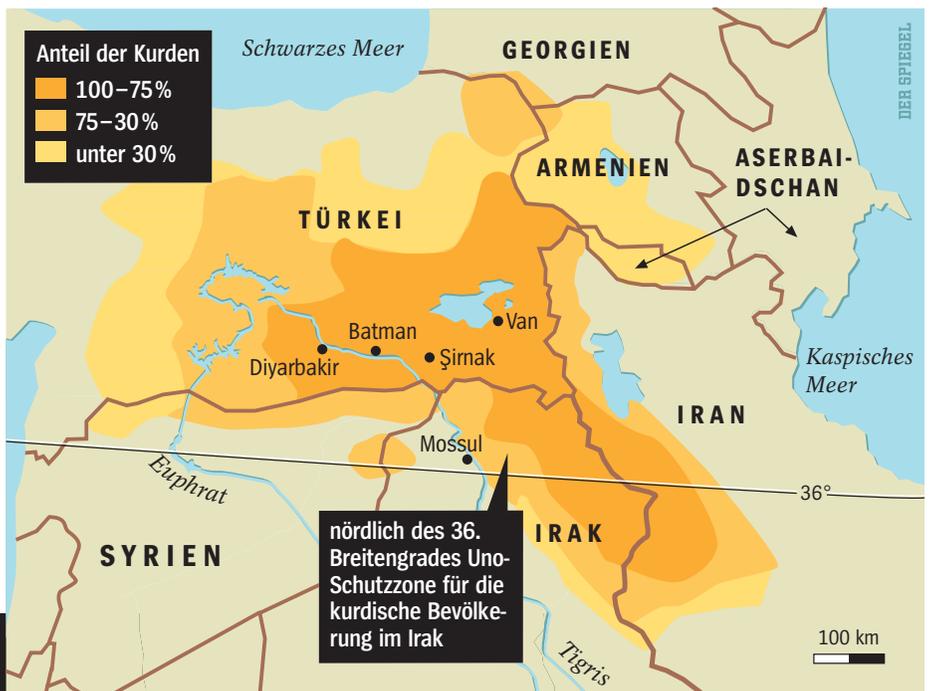
Ein gewaltiges Donnerwetter der EU-Partner droht den Griechen an diesem Montag beim turnusmäßigen Treffen der EU-Außenminister in Luxemburg. Die Eu-

ropäer sind stocksauer, weil Athen die Partner nicht von Öcalans Aufenthalt in der Botschaft unterrichtet. So traf die Rache der Kurden die Sicherheitsbehörden völlig überraschend.

Der hilflose Zorn des staatenlosen Volkes richtet sich nun gegen alle, die ihnen irgendwie in das Kidnapping ihres Anführers verwickelt scheinen. Welcher Geheimdienst wirklich geholfen hat, ist noch unklar. Der türkische Staatschef Bülent Ecevit: „Ich kann keinen Namen nennen, Sie dürfen raten.“ Die Kenianer haben aus Angst vor Attentaten bereits weltweit alle Botschaften schließen lassen. Ähnliches überlegen die Israelis.

Dabei dementieren sie hartnäckig, daß ihr berüchtigter Geheimdienst Mossad mit der Verschleppung etwas zu tun gehabt haben könnte. Regierungschef Benjamin Netanjahu hat das vergangene Woche auch dem Kanzleramt versichert – doch solche Dementis haben Tradition.

Die Bande zwischen Ankara und Jerusalem, soviel steht fest, sind eng. Mossad und der türkische MIT tauschen routinemäßig Informationen aus. Israel sammelte Kurden-Interna mit Hilfe von Agenten in der Bekaa-Ebene im Libanon, wo



Kurdische Kämpfer im Irak 1963

1925–1937

Türkische Armee schlägt Aufstände der Kurden nieder

1961–1970

Kurdenkrieg im Irak: Zugeständnis der Teilautonomie im „Märzmanifest“

1978 Abdullah Öcalan gründet die marxistische Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), Ziel ist ein unabhängiger Kurdenstaat

1979 Kurdenaufstand in Iran wird niedergeschlagen

1984 PKK beginnt den bewaffneten Kampf in Südostanatolien, dort gilt ab 1987 der Ausnahmezustand

1988 Saddam Hussein setzt Giftgas gegen Kurden in Halabdscha ein, 5000 Zivilisten sterben

1991 Irak verliert den Krieg um Kuwait, schwere Kämpfe bei Kurdenaufständen im Nordirak

1992 Türkische Armee bekämpft PKK erstmals im Nordirak; Wahlen in drei kurdischen Provinzen des Nordirak

1993 PKK-Verbot in Deutschland durch Innenminister Kanther; Gründung von Hadep, der jüngsten kurdischen Partei in der Türkei

1995 Kurdisches Exilparlament wird in Den Haag gegründet

1996 Der geachtete türkische Autor Yaşar Kemal wird in der Türkei wegen prokurdischer Äußerungen auf Bewährung verurteilt

1998 Syrien weist Öcalan aus, eine Odyssee durch mehrere Länder beginnt

1999 Öcalan wird in Kenia gekidnappt und in die Türkei verschleppt



Kurdische Kämpfer im Irak 1991

neben Hisbollah-Milizen auch PKK-Kämpfer trainierten.

Andererseits: Für eine Beteiligung gibt es keinerlei Beweise, nur Gerüchte, Spekulationen. In einer einmaligen Aktion hat der Mossad einen Brief an alle seine Agenten geschrieben: Die Meldungen enthielten „nicht das kleinste Körnchen Wahrheit“.

Der stolze MIT will von fremder Hilfe nichts wissen: „Im Palast des Sultans belten nur türkische Hunde“, heißt es in der Türkei dazu. Aber als wahrscheinlich darf gelten, daß die amerikanische CIA dem Nato-Partner Türkei bei der Operation Öcalan assistiert hat. Seit dem Anschlag auf die US-Botschaft in Nairobi im August des vergangenen Jahres durch islamistische Terroristen operieren Hunderte von US-Agenten in Kenia.

Und die Amerikaner haben immer deutlich gemacht, daß der Kurdenführer vor

ein türkisches Gericht gehört. Das Weiße Haus ließ verlauten, es sei „very pleased“ über die Verhaftung, dementierte aber jede Beteiligung an der Verschleppung.

So hat Abdullah Öcalan – von seinen Anhängern „Apo“ (die Kurzform für Abdullah) und von seinen Feinden „Kurden-Stalin“ gerufen – auf einen Schlag eine ganze Reihe brisanter internationaler Fragen aufgeworfen: Wie geht es weiter im Zypern-Konflikt zwischen Athen und Ankara, zumal Öcalan einen offenbar gefälschten zyprischen Paß auf den Namen Lazaros Mavros bei sich trug? Welche Folgen drohen der griechischen Regierung, nachdem sie sich in den Augen des Volkes als Kollaborateur der Türken betätigt hat?

Nur die Türken jubeln, feiern die Entführung wie den Gewinn der Fußballweltmeisterschaft. „Ich weiß gar nicht, was wir

„Die PKK ist eine Massenbewegung“

Öcalan-Vertrauter Ali Ghasi über die Gewaltaktionen der Kurdischen Arbeiterpartei und die Zukunft der Organisation

Der Erdöl-Kaufmann Ghasi, 65, zählte bis zuletzt zu den engsten Vertrauten des PKK-Führers Abdullah Öcalan. Er hat seit 1990 die deutsche Staatsbürgerschaft und lebt in Bonn.



Ghasi

SPIEGEL: Nahezu zeitgleich haben Öcalan-Anhänger in Europa Botschaften und Konsulate der Türkei, Griechenlands, Kenias und auch Israels angegriffen oder besetzt. Was will die PKK mit ihren Gewaltaktionen erreichen?

Ghasi: Die kurdische Bevölkerung hat von der Entführung Abdullah Öcalans mitten in der Nacht erfahren. Die Krawalle waren nicht von der Partei gesteuert.

SPIEGEL: Verfassungsschützer glauben nicht an die Version vom spontanen Gewaltausbruch. Sie sagen, die PKK sei eine straff organisierte Vereinigung.

Ghasi: Ich bin kein PKK-Mitglied, aber ich will nicht bestreiten, daß die Partei straff organisiert ist. Doch selbst die PKK kann nicht so schnell europaweit Aktionen dieses Ausmaßes koordinieren, zumal die Partei von dem Kidnapping selbst überrascht wurde.

SPIEGEL: Inzwischen hatte die PKK-Führung genug Zeit zum Nachdenken. Müssen wir mit weiterer Gewalt rechnen?

Ghasi: Die Unruhen der letzten Tage werden nicht die letzten sein, fürchte ich.

Durch die Art, wie Öcalan von seinen Kidnappern öffentlich erniedrigt wird, fühlen sich auch jene Kurden gereizt, die keine PKK-Aktivisten sind.

SPIEGEL: PKK-Führer haben zu Selbstmordattentaten in der Türkei aufgerufen. Drohen auch in Deutschland Anschläge von PKK-Märtyrern?

Ghasi: Die Aufrufe nehme ich sehr ernst. Aufgebrachte Kurden, die sich für ihre nationale Sache selbst anzünden und

ihr Leben geben, sind auch zu anderen Taten fähig.

SPIEGEL: Hat die Partei nach den tödlichen Schüssen von Sicherheitskräften des israelischen Konsulats in Berlin auf anstürmende Kurden ihre Mitglieder denn noch im Griff?

Ghasi: Die Führungskader versuchen, die Gemüter zu beruhigen. Das Zentralkomitee in Kurdistan will die Ausschreitungen in Europa, ganz besonders in Deutschland, beenden. Auch ich fordere meine Landsleute auf, ihr Gastrecht nicht zu mißbrauchen. Wir dürfen die Solidarität mit uns Kurden nicht aufs Spiel setzen.

SPIEGEL: Wird die Partei in Deutschland Ruhe bewahren, auch wenn Öcalan zum Tode verurteilt wird?

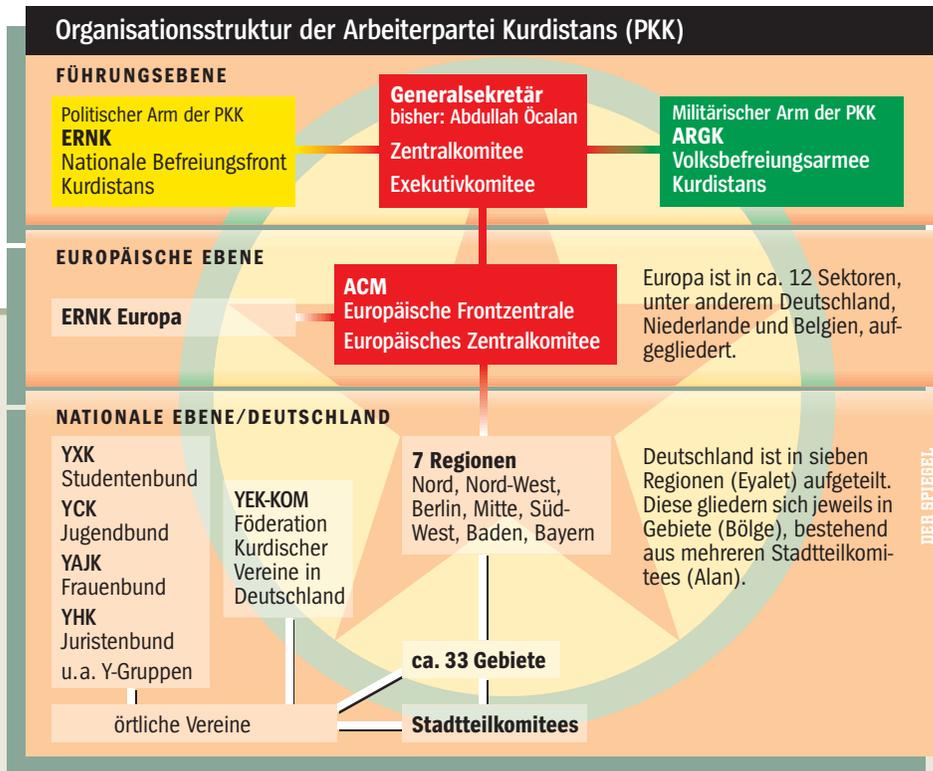
Ghasi: Ein Todesurteil wäre eine Katastrophe. Wenn es auch noch vollstreckt würde, müßte man mit Tausenden von

jetzt machen sollen“, strahlte die ansonsten strenge Moderatorin des Nachrichtenkanals NTV nach der Festnahme in die Kamera, „ich glaube, wir schauen uns dieses Stück Geschichte gleich noch einmal an.“

Die Bilder des Fernsehsenders Kanal 6 schmückte neben dem Logo des Senders in der rechten oberen Ecke ein makabrer Schriftzug: „Der Baby-Killer ist gefaßt –

herzlichen Glückwunsch, Türkei!“ Das türkische Massenblatt „Sabah“ jubelte: „Der Satan hinter Gittern“.

Vor lauter nationaler Glückseligkeit über die Verhaftung des Staatsfeindes verdrängt die türkische Regierung, daß das Land womöglich auf nordirische Verhältnisse zusteuert. Schon kam es in der Istanbuler Slum-Siedlung Gazi Mahallesi zu ersten Straßenkämpfen zwischen Kurden und Si-



Toten rechnen. Dann kann niemand mehr für Ruhe und Ordnung garantieren.

SPIEGEL: Stellt die PKK als Gegenleistung für den Verzicht auf Gewaltaktionen Forderungen an Bonn?

Ghasi: Die Partei möchte sicherstellen, daß Öcalan fair behandelt wird und daß sein Prozeß nach rechtsstaatlichen Normen abläuft. Die PKK fordert ein internationales Tribunal, in dem der Kurdenkonflikt verhandelt wird. Sie erwartet, daß die Bundesregierung in dieser Sache Druck auf Ankara ausübt. Das ist Bonn der kurdischen Bevölkerung schuldig.

SPIEGEL: Glauben Sie, daß Bonn diesen Forderungen nachkommt?

Ghasi: Bislang ist nichts geschehen. Aber die jüngsten Krawalle zeigen, wie explosiv die Lage ist. Die Bundesregierung muß jetzt handeln.

SPIEGEL: Ist die Partei mit der Verhaftung ihres Führers am Ende?

Ghasi: Nein, die widerrechtliche Aktion der Türken hat Öcalan zum Helden und Märtyrer gemacht. Die kurdische Bewegung erhält dadurch neuen Auftrieb.

SPIEGEL: Wer soll die Partei führen, wenn Öcalan isoliert im Hochsicherheitstrakt sitzt?

Ghasi: Die Ausschreitungen in Europa haben gezeigt, daß die PKK eine internationale Massenbewegung ist. Außerdem verfügt die Partei über ein Zentralkomitee, das von Kurdistan aus den politischen Kampf organisiert.

SPIEGEL: Wer wird die Nachfolge Öcalans als neuer Führer der PKK antreten?

Ghasi: Die Partei verfügt über viele gute Männer. Einer der Favoriten ist Cemil Bayik, PKK-Führer in Südostanatolien und Mitglied des Exekutivkomitees. Aber auch Öcalans Bruder Osman gilt als möglicher Nachfolger.

SPIEGEL: Hielten Sie zu Öcalan noch Kontakt, nachdem er sein Refugium bei Rom verlassen hatte?

Ghasi: Während seiner Odyssee hat Öcalan lange mit mir telefoniert. Ich sollte mich für ihn um Asyl bemühen. Ich habe im Traum nicht daran gedacht, daß er kurz darauf in die Hände der Türken fallen würde.

INTERVIEW: DIETER BEDNARZ



P. O'DONNELL / SIPA

Öcalan-Bruder Osman
Demnächst Sprengstoff?

cherheitskräften, Jugendliche demolierten Geschäfte und feuerten mit Pistolen und Gewehren um sich. Am vergangenen Freitag gab es in der Provinz Mardin den ersten Toten, einen 18jährigen Kurden.

Als so gut wie sicher gilt, daß die Frontkommandeure der PKK jetzt verstärkt „weiche Ziele“ angreifen wollen: Innenstädte etwa oder die Urlaubsgebiete an der türkischen Riviera. Die Armee hat bereits vor der Verhaftung Anti-Terror-Einheiten aus Kurdistan ins Hinterland der Touristenstrände abgeordnet.

Anschläge auf die Tourismushochburgen gehörten schon in der Vergangenheit zum PKK-Repertoire: Im Juni 1993 wurden durch Bombenanschläge in Antalya 26 Urlauber verletzt.

Eilig aktualisierte das Auswärtige Amt in der vergangenen Woche seinen „Sicherheitshinweis“ für die Türkei. Es seien „jüngste Drohungen PKK-naher Kurdenkreise gegen Touristenziele“ bekannt geworden. Genauer wisse man noch nicht.

Ümit Özbag, Terrorismus-Experte von der Ghazi-Universität in Ankara, fürchtet, daß sich die Urlauber auf „Terroranschläge nach palästinensischem Muster einstellen müssen“. Noch wiegeln die Reiseveranstalter ab, doch Haydar Isik, Mitglied des kurdischen Exilparlaments, hat allen Deutschen zur Umbuchung geraten: Reisen seien jetzt „höchst gefährlich“.

Das Aufflammen des kurdischen Terrors trifft deutsche Sicherheitsexperten ziemlich unvermittelt. Denn die Bombe PKK galt in Deutschland schon als fast entschärft. 1995 reisten zwei Deutsche zu Öcalan, der damals sein Hauptquartier in Syrien hatte. Der frühere Berliner Innenminister Heinrich Lummer (CDU) und der Abteilungsleiter des Bundesamtes für Ver-

fassungsschutz, Klaus Grünewald, mahnten ein Ende der Gewalt an.

Die Vorstellung, wie einst PLO-Führer Jassir Arafat oder ANC-Präsident Nelson Mandela vom geschmähten Terroristen zum geachteten Staatsmann aufzusteigen, schmeichelte Öcalan. So wurde er zum Gesprächspartner Bonns, er zwang die gewaltbereiten Heißsporne in Europa immer wieder auf seinen neuen Kurs.

Im Gegenzug lockerten die Behörden das PKK-Verbot. Sie übersahen schon mal großzügig, daß Öcalan-Anhänger bei Demonstrationen ihre verbotenen Symbole präsentierten oder der Führer per Satellitentelefon einen leidenschaftlichen Appell an 60 000 Kurden im Müngersdorfer Stadion zu Köln richtete.

Der Öcalan-Vertraute Ali Ghasi verhandelte mit der Bundesanwaltschaft, um für die bereits gefaßten PKK-Kader milde Strafen herauszuschlagen. Das Konzept ging auf: Kurden bereuten vor Gericht die Krawalle früherer Jahre und beteuerten, Gewalt auf deutschem Boden werde es nicht mehr geben (siehe Interview Seite 32).

Der alte deutsche Haftbefehl gegen Öcalan aus dem Jahr 1990 schien kein Hindernis für die Gespräche mit den Kurden zu sein. Schließlich galt als sicher, daß man den PKK-Führer ohnehin nie zu fassen bekommen würde.

Im Untergrund, das zeigen die Ereignisse der vergangenen Woche, ist die PKK seit ihrem Verbot 1993 nur noch stärker geworden. Mit rund 11 000 Anhängern ist sie eine der größten extremistischen Organisationen auf deutschem Boden – und die am straffsten geführte.

Die europäische Diaspora wird von einem kleinen Funktionärszirkel dirigiert, einer Versammlung eingeschworener Öcalan-Vertrauter. Ihr unterstehen Hunderte von Kadern, die dafür sorgen, daß das Wort Abdullah Öcalans bis hinunter

in die Stadtteilkomitees gehört wird. Per Kurier werden Befehle übermittelt, Telefonketten dienen der blitzschnellen Mobilisierung – eine kampfstärke Einheit, perfekt organisiert.

Erst Anfang des Monats hob der Generalbundesanwalt nach einjähriger Telefonüberwachung das sogenannte Heimatbüro der PKK aus: Die Abteilung soll professionell Reisepässe von anerkannten kurdischen Asylbewerbern in ganz Europa eingesammelt und mit neuen Paßfotos versehen haben. So wurde polizeilich gesuchten Kurden problemloses Reisen ermöglicht. Jetzt wird geklärt, ob auch Öcalans Begleitkommando mit solchen Dokumenten reiste.

Zum Netzwerk der PKK gehören Dutzende von deutsch-kurdischen Freundchaftsvereinen und die sogenannten Y-Gruppen – eigens gegründete Vereinigungen für Lehrer, Händler, Frauen oder Kinder. So wuchert die Öcalan-Partei immer tiefer in die kurdischen Gemeinden (siehe Grafik Seite 33).

Rund eine halbe Million türkischer Kurden leben in Deutschland. Jeder zehnte gilt als Patriot. Ständig sammeln sie Geld für die Partei und den Krieg.

Die Guerrilla plant die Geldbeschaffung so straff wie eine Drückerkolonne: Bei der jährlich stattfindenden „Spendenkampagne“ werden jedem Kader präzise festgelegte Summen vorgeschrieben. Wie er sie eintreibt, ist seine Sache. Wer das Soll nicht schafft, muß sich rechtfertigen.

Die Kurden unterscheiden zwischen „Spendengeldern“ und „Strafgeldern“: Für beide Inkasso-Gruppen gilt freilich, daß bei Zahlungsunwilligen auch mit Gewalt nachgeholfen wird.

Das Minimum für eine kurdische Familie sind 30 Mark monatlich, bei Geschäftsleuten richtet sich der Betrag nach dem Umsatz. „Strafgelder“ kassiert die PKK vor allem von Drogendealern. Im BKA läuft



DPA

Türkische Gefängnisinsel Imrali: Eigens für den „Präsidenten“ leer geräumt

ein Sonderprojekt („Anadolu“), um diese Verbindungen zwischen der PKK und den Raubguthändlern aufzuklären.

Deutschland ist die Hauptquelle für den Wohlstand der Öcalan-Bewegung: Rund 50 Millionen Mark, schätzen Staatsschützer, kommen hier Jahr für Jahr zusammen. Geldkuriere bringen das Bare in den Südosten der Türkei.

Das Geld aus Deutschland wird dort vor allem für Waffen gebraucht – doch die allein helfen den Kämpfern nicht mehr: Die militärische Lage der PKK in der Türkei ist verzweifelt. Den Kampf in den Bergen Kurdistans hat das türkische Militär in den letzten Monaten für sich entschieden, immer wieder dringen Ankaras Truppen in den Nordirak vor, um letzte PKK-Stellungen auszuheben. Nur 4000 von einstmalig 15 000 Guerrilleros sollen noch übrig sein.

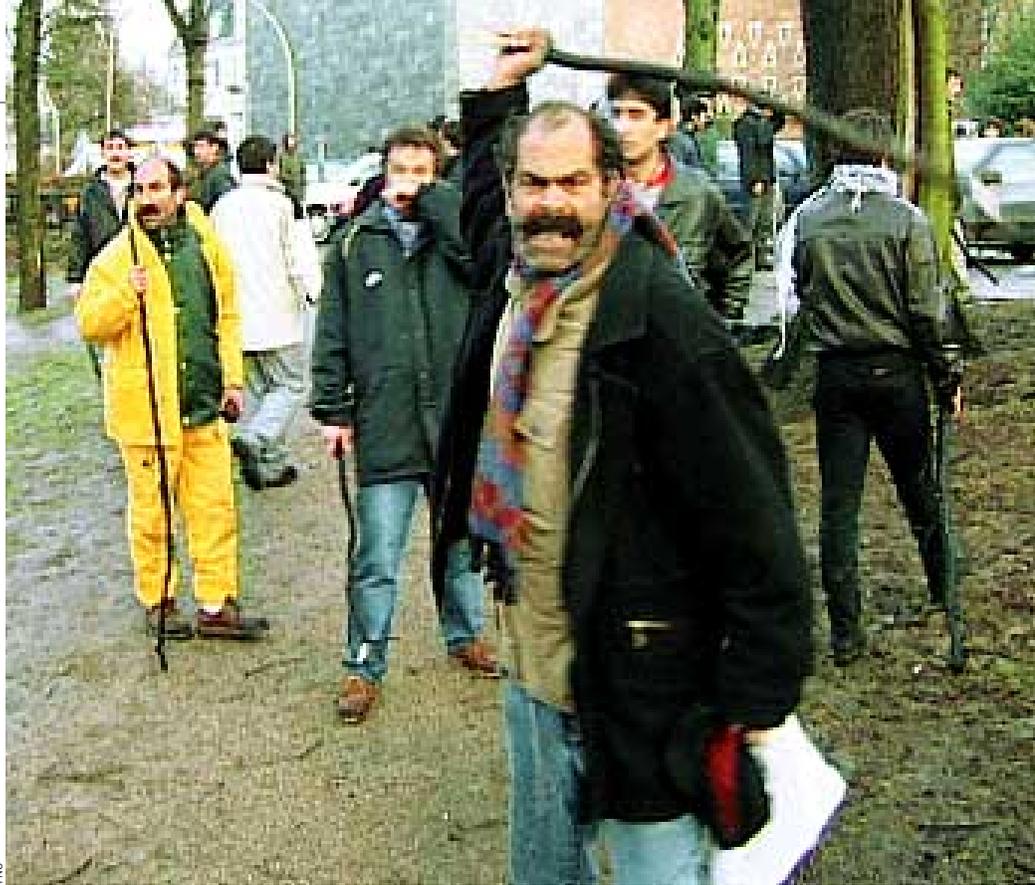
Fraglich ist für die deutschen Staatsschützer allerdings, wer Öcalans Nachfolge antreten wird: PKK-Gründungsmitglied Cemil Bayik, der Stratege Murat Karayilan oder Osman Öcalan, der jüngere Bruder des Großen Vorsitzenden.

Vom neuen Führer hängt der künftige Kurs ab. Er muß entscheiden, ob die Partei weiter auf Gewalt setzen soll oder auf politische Lobby-Arbeit – und ob das Zentrum des Widerstandes gegen die verhaßten Türken tatsächlich in die Bundesrepublik verlagert wird. Die Zahl der Verhaftungen spricht dafür, am Ende der vergangenen Woche waren es schon über 500.

Deutsche Staatsschützer fürchten nun, daß „Warlords“ das Kommando übernehmen und den gemäßigten Flügel abdrängen könnten. Dann würden Deutschland weitere Anschläge und Straßenschlachten drohen. „Im Moment ist die Frage, wer setzt sich durch: die Falken oder die Tauben“, sagt der Direktor des hessischen Landesamtes für Verfassungsschutz, Hartmut Fesse. Unentschieden klingen derzeit denn auch noch die Botschaften der PKK: Versuche, die aufgebrauchten Kurden zu beruhigen, wechseln sich mit martialischen Anforderungen zum Kampf ab.

Allein ein Zirkel von 20 Funktionären, schätzt Peter Frisch, Chef des Bundesamtes für Verfassungsschutz, werde jetzt über den weiteren Kurs der PKK entscheiden. „Es ist völlig ausgeschlossen, daß das kurdische Volk aufgibt“, verspricht die Europa-Sprecherin Mizgin Şen. Das gilt erst recht, da alsbald der Prozeß gegen Öcalan beginnen wird.

Zum Horrorszenario Bonns gehört, daß dann zunehmend die hier lebenden zwei Millionen Türken und Kurden aufeinander losgehen und die Konflikte ihres Heimatstaates auf deutschem Boden austragen. Ein gefährlicher Anfang ist gemacht: In Heilbronn stürmten sieben Vermummte einen türkischen Kulturverein, knüppelten drei Gäste mit Baseballschlägern krank-



Kurdische Demonstranten in Hamburg: „Das Potential ist noch nicht ausgeschöpft“

hausreif und warfen Molotow-Cocktails. Brandbomben flogen auch in türkische Geschäfte und Wohnhäuser. Die Sicherheitsbehörden haben das Kanzleramt gewarnt, der nächste Schritt der Eskalation sei Sprengstoff.

Hektisch mühen sich Ermittler aufzuklären, was die PKK noch alles vorhat. Am vergangenen Donnerstag registrierte das BKA eine massive „Gefährdung des Luftverkehrs“: Beim Piloten der Istanbul Airlines 242, einer türkischen Passagiermaschine, die sich gerade über dem Rheinland befand, meldete sich um 15.06 Uhr ein vermeintlicher Fluglotse und befahl, auf eine „von der Flugsicherung nicht freigegebene Höhe“ (BKA) zu steigen.

14 Minuten später versuchte der „bisher nicht lokalisierte Funksender“ auch eine Boeing 757 der Condor, die mit 192 deutschen Urlaubern aus Madeira zur Landung ansetzte, auf diesen Kurs zu bringen. Die mißtrauischen Piloten erkundigten sich beim Düsseldorfer Tower und behielten ihre Route bei. Die Vorfälle verbuchten die Staatsschützer bisher unter dem Rubrum „Aktionen zur Festnahme Öcalans“, mittlerweile ist man aber skeptisch geworden, ob die Kurden tatsächlich dahinterstecken.

Der, den die Kurden ehrfurchtsvoll „Präsident“ nennen, die Türken dagegen den „Staatsfeind Nummer eins“, sitzt jetzt ganz allein auf der Gefängnisinsel Imrali im Marmara-Meer. Fregatten aus deutscher Produktion patrouillieren stetig um das Eiland. Für den prominenten Häftling räumten die Behörden vergangene Woche das komplette türkische Alcatraz – sogar Na-

oleon hatte man einst Gesellschaft zugestanden. Hier soll Öcalan auch der Prozeß gemacht werden.

Das zuständige Staatssicherheitsgericht gilt selbst bei türkischen Rechtsgelehrten als nicht gerade unabhängig: Mindestens einer der drei Vorsitzenden Richter ist Offizier und mithin an militärische Weisungen gebunden. „Da ist kein fairer Prozeß zu erwarten“, sagt Öcalan-Anwalt Schultz.

Daß das Verfahren mit der Todesstrafe endet, ist ziemlich wahrscheinlich. Sollte es tatsächlich so weit kommen, werden die Richter, als Symbol der drakonischsten Strafe, einen Bleistift über der Akte zerbrechen.

Die Exekution des Kurdenidols wollen die Europäer mit allen Mitteln verhindern. Kanzler Schröder hat Ankara schon gemahnt. Er erwarte, daß die Todesstrafe „entsprechend der Praxis in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union nicht verhängt wird“. In der Türkei wurde das letzte Urteil im Oktober 1984 vollstreckt.

Aber mit einem Gnadenakt, Öcalan trotz Todesurteils nicht zu hängen, sondern nur lebenslang einzusperren, dürfte die türkische Milde wohl schon am Ende sein. Außenminister Ismail Cem hat sich jeden Ratschlag seiner europäischen Kollegen bereits verboten: „Die Zeit ist vorüber, daß Kolonialherrscher ihre Besitztümer inspizieren.“

Und es drohen Kurden-Fanatiker: „Wenn Apo stirbt, geht Europa in Flammen auf.“

CAROLIN EMCKE, ANNETTE GROSSBONGARDT,
UDO LUDWIG, GEORG MASCOLO,
BERNHARD ZAND